

Richard Breyer:

Die südpreußischen Beamten und die Polenfrage*

Das brandenburgisch-preußische Staatswesen hatte sich bei der religiösen und sprachlich-ethnischen Vielfalt seiner Bewohner schon früh genötigt gesehen, Toleranz im Streit der Konfessionen und Fürsorge in der Überlieferung der muttersprachlichen Bildungsgüter zu üben. Eine über Konfessionen und Volkstümern stehende Staatsauffassung fand besonders unter Friedrich dem Großen ihre Verwirklichung. Das friderizianische Staatsbewußtsein und die fortwirkenden Traditionen ständischer Selbständigkeit in Westpreußen hatten daher nach der Gewinnung dieses Gebiets in der ersten polnischen Teilung von 1772 noch zu keiner Polenfrage in dem Sinne einer Volkstumsfrage geführt. Die Polenfrage hatte für Preußen nach der ersten Teilung immer noch lediglich ein außenpolitisches Gesicht; sie bestand vorläufig darin, wie man sich zum untergehenden polnischen Rest-Staat verhielt, wie er als Faktor des Kräftespiels mit Rußland und Österreich eingeordnet wurde. Innenpolitisch war die Eingliederung Westpreußens eine rein verwaltungsmäßige und staatswirtschaftliche Aufgabe, die der friderizianische Staat unter der straffen Aufsicht des Monarchen ohne jede Erschütterung löste. „Ohne die bei der zweiten und dritten Teilung zu Preußen gekommenen Gebiete wäre vermutlich eine Frage (im Sinne eines innenpolitischen Problems) für Preußen überhaupt nie entstanden.“¹ Die Tatsache des Vorhandenseins polnisch sprechender Untertanen innerhalb des preußischen Staatsgebiets — das hatte schon die Lage in Oberschlesien bewiesen — war nämlich für die Entstehung einer besonderen Volkstumsfrage nicht ausschlaggebend, es mußte zu den objektiven Merkmalen des Volkstums erst der subjektive Wille zur Absonderung hinzukommen, um das Volkstum als selbständige politische Kraft wirksam zu machen. Das geschah erst mit der Erwerbung alter polnischer Kerngebiete.

Mit den „Zergliederungen“² Polens von 1793/95 und der „Acquisition“ Südpreußens³ erhielt die Polenfrage ein doppeltes Gesicht. Nicht mehr

*) Anregungen zu einer umfangreicheren (unveröffentlichten) Bearbeitung des Themas erhielt ich während meiner Göttinger Studienjahre durch Herrn Prof. Dr. Reinhard Wittram, dem ich hiermit herzlich danke.

1) Zu Folgendem: A. H a h n, Die Polenfrage in Preußen. In: Deutsche Ostforschung. Hrsg. v. H. Aubin, O. Brunner, W. Kohte, J. Papritz. Bd II. Leipzig 1943. S. 335—356. Vgl. S. 337.

2) A. C. v. H o l s c h e, Geographie und Statistik von West-, Süd- und Neupreußen. Berlin 1802—04. Bd I. Vorerinnerung.

3) „Südpreußen“ umfaßte 1793 die Gebiete von Posen, Gnesen, Kalisch, Sieradz, Wielun und Łęczycza, Teile der Wojewodschaften Rawa und Plock, die Landschaft Kujawien und zunächst das Dobriner Land, welches 1795 im Austausch gegen Warschau an Neupreußen kam. Vgl. O. H e i k e, Die Provinz Südpreußen. Wiss. Beiträge zur Geschichte u. Landeskunde Ost-Mittel-europas, hrsg. v. J. G. Herder-Institut, Nr. 12. Marburg 1953. S. 7.

das Verhältnis zu einer auswärtigen Macht stand im Vordergrund, wenn die Frage nach einer polnischen Eigenstaatlichkeit die Teilungsmächte auch weiterhin beschäftigte und ein über hundert Jahre dauerndes Gleichgewicht der Kräfte im polnischen Raum bewirkte, sondern jetzt galt es für Preußen vor allem, im Interesse der Staatsräson des ausgehenden 18. Jahrhunderts ein möglichst harmonisches Verhältnis zwischen den alten und den neuerworbenen Gebieten zu finden. Es stellte sich die Aufgabe, eine fremdsprachige Bevölkerung mit eigener Tradition und ständischer Gliederung, andersartiger Kultur und im ganzen niedrigerer Bildung in den Staat einzufügen. Hinzu kam aber, daß der politisch bestimmende Bevölkerungsteil, die polnische Schlachta, zwar schon seit langem ein hohes Standesbewußtsein zur Schau getragen, der staatsstreichmäßige Sieg der polnischen Maiverfassung von 1791 aber große Teile des polnischen Volkes zu einem gesteigerten Nationalbewußtsein emporgetragen hatte. Wenn die Polenfrage sich also vom Parkett der diplomatischen Verhandlungen vornehmlich in die Amtsräume der preußischen Ministerien, Kammern, Regierungen und Landratsämter verlagert hatte, so hing das Gelingen der Aufgabe — die Neutralisierung oder gar die Überwindung des polnischen Strebens nach erneuter Eigenstaatlichkeit — wesentlich davon ab, in welcher Weise und mit welchen Mitteln, aber auch mit welchen Vorstellungen von den Polen die beauftragten preußischen Beamten in den neuerworbenen Gebieten an die Lösung der so gestellten Polenfrage herangingen.

Die militärische Besetzung Südpreußens im Frühjahr 1793⁴ vollzog sich unter dem General v. Moellendorff in Formen „zuvorkommender Freundschaft, Artig- und Höflichkeit“.⁵ Mit einer gewissen Scheu vor „civilen Angelegenheiten“ ging der General an die Behandlung der polnischen Bevölkerung und ihrer politischen und kulturellen Einrichtungen heran. Seine Überlegungen über Zweck und Mittel der Besetzung gipfelten in den Sätzen: „Die Erwerbung des Zutrauens und der Liebe der polnischen Nation zu Uns ist nicht allein für Uns nützlich und notwendig, sondern sie macht Uns auch Ehre und unseren Aufenthalt in Pohlen angenehmer und erträglicher. Das beste Mittel, sich dieses zu verschaffen ist: wenn mit derselben auf eine höfliche, freundschaftliche und gute Art umgegangen und alle Handlungen, welche dem Einvernehmen nur den entferntesten Argwohn einer Bedrückung oder Härte beibringen könnte, auf das Sorgfältigste vermieden werden.“ Er war „überzeugt, daß es nicht der Wille unseres guten Königs ist, daß durch diese Acqui-

4) Die Stadt Posen wurde am 30. Januar 1793 besetzt. Vgl. Geschichte der Stadt Posen. Hrsg. v. G. Rhode. Neuendettelsau 1953. S. 81.

5) Instruction in betr. das Verhältnis der Truppen bei dem Einmarsch in Pohlen. Abgedr. bei R. Prümers, Das Jahr 1793. Urkunden und Aktenstücke zur Organisation Südpreußens. Posen 1895. Urk. Nr. 2, S. 19.

sition irgend jemand unglücklich werden soll“.⁶ Insbesondere hielt der General es für notwendig, daß die Behörden zu den neuen polnischen Untertanen in deren Sprache reden müßten. In seinen „Ohngefährten Gedanken bey der Einrichtung von Südpreußen“ trat er für eine maßvolle Verwaltung ein und forderte, daß „. . . die Einwohner so behandelt werden, daß sie auf ewig mit der Preußischen Monarchie verbunden ihr Glück fühlen und vor das größte Unglück halten, in ihrer vorigen Lage zurückzukehren. Um nun hierzu zu gelangen, werden einestheils noch große Summen erfordert, anderntheils aber müssen die Untertanen mit neuen Auflagen sehr verschont werden, weil kleiner Edelmann, Bürger und Bauer blutharm, folglich alle Industrie und höchst nöthige Melioration dadurch gehemmet werden, auch großes Mißvergnügen und Verlangen nach vorigen Verhältnissen hervorbringen.“⁷ Hier spricht der selbstbewußte und tatenfreudige preußische Militär, der die Überlieferung der großen Zeit Friedrichs fortzusetzen gewillt war und mit Stolz auf den vollbrachten Aufbau des preußischen Staates zurückblickte. In Südpreußen bot sich aber eine Lage, die von allen bisher durch-exerzierten abwich und die mit den Mitteln der herkömmlichen Routine offenbar nicht zu bewältigen war.

Schon die Stimmung der Polen und die sich in ihr äußernde politische Gedankenwelt machte erste Schwierigkeiten. So klagte Moellendorff, daß „bei den Bürgern in großen Städten der wahre französische Jakobiner Sinn herrschte“⁸, und der schlesische Minister von Hoym, der laut königlicher Order und Instruktion⁹ mit v. Voß „concuriren sollte, die neue Acquisition auf dem Preußischen Fus zu setzen“, berichtete: „Je entfernter (sc. von der alten preußischen Grenze) und je tiefer der Adel in Groß-Pohlen ist, desto unzufriedener ist derselbe und fast bis auf die Raserey über die ihm bevorstehende Veränderung gebracht, dahingegen der Bürger und Bauer durchgängig den Augenblick segnet, . . . indem er dadurch von der Slavery und von dem Druck befreyet wird, unter welchem er zeither vergebens geseufzet hat.“¹⁰ Mit diesen Feststellungen ist die Zeitstimmung bei den Polen umrissen. Es war die Begeisterung für die Französische Revolution und Napoleon, von denen man nach innen und außen auf dem Wege der nationalrevolutionären Erhebung die Freiheit erhoffte. Auf der anderen Seite sahen die preußischen Verwaltungsbehörden in der Lage der Bürger, besonders aber der Bauern, einen Anhaltspunkt, die erprobten Fürsorgemaßnahmen für den kleinen

6) Prümers, S. 48, Nr. 16.

7) Prümers, S. 154, Nr. 18.

8) Prümers, S. 25, Nr. 4.

9) M. Lehmann, Preußen und die katholische Kirche seit 1640. Bd 7. Leipzig 1894. (Publ. aus d. preuß. Staatsarchiven, Bd 56.) Urk. v. 8. Febr. 1793.

10) Prümers, S. 3, Bericht v. Hoym v. 11. Febr. 1793.

Mann und das Land erneut durchzuführen; und doch mußte Hoym mit Bedauern erkennen, daß die in Westpreußen bewährten Methoden kaum auf Südpreußen zu übertragen waren, denn in Westpreußen war „der Geist des Zeitalters und alle politischen Verhältnisse strengen Maßregeln nicht so sehr entgegen als jetzt . . .“¹¹, „der epidemische Freiheitsparoxysmus, womit Frankreich jetzt das Ausland verpestet, war gründlich unbekannt.“¹² Es mußte schwerfallen, die Polenfrage lediglich als eine Aufgabe anzusehen, die durch eine ordentliche Verwaltung gelöst werden konnte, ja, lag nicht eine gewisse Tragik darin, daß selbst die stolzesten Traditionen wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues, aus denen heraus die preußischen Beamten zu handeln sich verpflichtet fühlten, den durch den Geist der Zeit verschärften, aber schon volkstumsmäßig begründeten Widerstand der Polen nicht zu mildern oder zu brechen vermochten?

Hinzu kam, daß die Art, in der man die Polen zu sehen sich gewöhnt hatte, das Erkennen der äußerst unübersichtlichen Lage nur noch erschwerte. Auch das Urteil Moellendorffs über die Polen wich von der allgemeinen Linie der Zeit nicht ab. „Der dominierende Charakter der Nation ist Stoltz und Eitelkeit, derhalben es gut sein würde, wenn von denen sehr reichen Familien einige nach Berlin gezogen werden könnten. Mit einer guten Behandlung, bei gewisser beweisenden Fermeté, ist der hiesige Einsasse zu allem zu bringen.“¹³ Lediglich bei der allernächsten Zielsetzung geriet der General in Widerspruch zu der von den Beamten geübten Verwaltungsmethode. Der General sah „nicht gleich auf die stärksten Einnahmen, sondern auf die Beruhigung der Gemüter und den Wohlstand der Bewohner, um ihnen ihre vorige Situation vergessen zu machen“¹⁴, Voß dagegen, der Minister für Südpreußen, wollte „diese Provinz bei der ersten Organisation vorbereiten, mit gleichen Schultern zu den beiden Hauptressorts des preußischen Staates, dem Militär- und Geldetat, ihren Beitrag zu leisten.“¹⁵ Diese Anforderung war, „wenn nicht schon an sich einleuchtend . . . gerecht und billig, für den Mutterstaat sogar Folge durchaus nöthiger Rücksicht auf sein eigenes Wohl.“

11) Lehmann, Nr. 142, Immediat-Bericht v. 24. Sept. 1794.

12) Lehmann, Nr. 196, Immediat-Bericht v. 13. Mai 1795.

13) ebenda. Moellendorff bat den König: „Wenn Ew. Majestät so gnädig wären und invitirten sie bei künftigen Friedenszeiten zum Carneval nach Berlin, beehrten einige mit Hoff-Chargen, um durch alle diese Mittel sie von Warschau abzuziehen, dahin sie einen großen Gang haben; damit sie dort nicht ihr Geld verzehren, auch böse Meynungen und falsche Grundsätze einsaugen.“

14) Prümers, Nr. 1, S. 768.

15) Prümers, Nr. 6, S. 778 ff., und Lehmann, Nr. 339. Großer Rechen- schaftsbericht v. Voß' aus dem Jahre 1796.

Dem Bestreben, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung aus der neuen Provinz möglichst bald hohe Gewinne herauszuwirtschaften, stand nicht nur das leutseligere Temperament Moellendorffs entgegen. Bei der weit verbreiteten Abneigung der Polen gegen die neue Ordnung war doch bedeutsam, daß Moellendorff zur Bekräftigung seiner Ansicht sogar die Stimme eines Polen zu Gehör bringen konnte, wonach „eine Million Herzen einer Million Thaler vorzuziehen“ seien.¹⁶ Doch kam diese, übrigens ganz vereinzelte, polnische Stimme nicht zur Geltung, denn allzu scharf stießen die Gegensätze der preußischen Verwaltungspraxis und der polnischen Zustände als geschichtlich gegebene Tatsachen aufeinander.

Mit seinem aus den alten Provinzen übertragenen, gut eingespielten Verwaltungsapparat ging Preußen also daran, Neuerungen einzuführen. Dabei mochte die Provinz den in der Aufklärung herangewachsenen und weitgehend in ihr verharrenden Beamten wie eine *tabula rasa* vorgekommen sein, auf die sie nun mit kräftigen Strichen die neue Ordnung einzutragen begannen. Anscheinend übersahen sie aber, daß die als segensreich erachteten Maßnahmen einer zielstrebigem Vernunft dennoch zu Mißstimmungen führen konnten, wenn sie mit einer Bevölkerung von anderen Gewohnheiten und anderer Denkungsart geübt wurden. Traditionen mochten den aufgeklärten Beamten als Reste einer schleunigst zu beseitigenden Rückständigkeit erschienen sein. Die „Amalgamierung“ Südpreußens stellte sich dabei ausschließlich als Problem der Staatsautorität dar. „Eine aufsässige, an zügellose ständische Freiheit gewöhnte Aristokratie zu loyaler Untertanenschaft, zum Gehorsam gegen den neuen Landesherrn und seine Behörden, zu preußischer Ordnung, zur ‚Räson‘ zu bringen — darauf kam es an. . . Noch fühlte sich die Staatskunst der Kabinette imstande, ohne viel nationales Sentiment allein der ‚Staatsräson‘ zu folgen.“¹⁷

Der König selbst fand seine Acquisition landschaftlich zwar ganz schön, „mais il a été fort négligé par la mauvaise culture et économie Polonoise“.¹⁸ Damit war das Stichwort der „polnischen Wirtschaft“ gefallen. Der König folgte hier dem allgemeinen Sprachgebrauch, griff das geflügelte Wort des 18. Jahrhunderts mit dem ironischen und negativen Wertakzent auf und umriss mit seiner Hilfe das ganze Programm der preußischen Verwaltungsarbeit. Dabei war aber für ihn wie für die Be-

16) Prümers, Nr. 1, S. 768: „Denkschrift aus dem Moellendorffschen Nachlaß, in welcher von einem Südpreußen die ersten Einrichtungen in Südpreußen kritisiert werden. Nach Sept. 1793.“

17) G. Ritter, Die preußischen Staatsmänner der Reformzeit und die Polenfrage. In: Deutschland und Polen. Hrsg. v. A. Brackmann. München u. Berlin 1933. S. 207—219.

18) Prümers, Nr. 14, S. 103. Schreiben König Friedrich Wilhelms II. vom 16. Okt. 1793 an den Kronprinzen.

amten wahrscheinlich, daß sie den Begriff schon vor der Besitznahme Südpreußens kennengelernt hatten, ja mit seiner Hilfe und unter seinem vereinfachenden Zwang, der jedem Schlagwort eigen ist, die ihnen entgegnetretenden Erscheinungen zu beurteilen versuchten. Vielleicht hat gerade dieses bequeme Schlagwort verhindert, die teils mitgebrachte, teils aus der Art ihres Denkens gewonnene Sicht angesichts der politischen Aufgabe zu modifizieren. Das hätte den zur damaligen Zeit noch gültigen Meinungen jedoch widersprechen müssen, hätte ein gewisses Umdenken erfordert.

So sehr auch das Schlagwort von der „polnischen Wirtschaft“ die äußeren und sichtbaren Zustände in der untergehenden polnischen Adelsrepublik richtig beleuchtet haben mag, so scheint in ihm doch sehr viel von dem Zeitgeist des aufgeklärten 18. Jahrhunderts zu stecken, der sich mit den turbulent und kurios anmutenden Verhältnissen in Polen lebhaft auseinandersetzte.¹⁹ Die öffentliche Meinung im Westen hatte sich nämlich auf Grund der zahlreichen Reisebeschreibungen ausländischer Schriftsteller geformt, die ihre Eindrücke aus der Sicht der Aufklärung heraus niedergeschrieben und als Sensationen, die in ihrer Wirkung denen von Entdeckungsreisen in exotische Länder kaum nachstanden, einem ebenso aufklärungsstolzen wie -hungrigen Publikum mitgeteilt hatten. Unter den deutschen Schriftstellern ragt besonders Johann Georg Forster²⁰, der weit herumgekommene Weltumsegler, heraus. Durch die Beschreibungen der Länder und Völker des polnischen Staates und mit den dortigen Hinweisen auf die Rückständigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Verwahrlosung des öffentlichen und politischen Lebens sowie durch die kuriose Literatur aus der Zeit der polnischen Königswahlen „wurde dem deutschen Publikum jene oft ungerechte Verachtung und Verhöhnung polnischen Wesens, deren erste Spuren sich schon im 16. und 17. Jahrhundert finden, vollends eingeprägt“.²¹ In Anlehnung an die polnische Selbstironie „Polska nierządem stoi“ (*Polonia confusione regitur*) waren die Schlagwörter von dem „verirrten Polen“, von der „polnischen Wirtschaft“ und vom „polnischen Reichstag“ angekommen, und zwar „nach dem goût der curieuses Welt gewürzt“.²² Ebenso war von „halsstarrigen Pohlen“, von „unruhigen Köpfen derer

19) vgl. R. F. Arnold, Geschichte der deutschen Polenliteratur, von den Anfängen bis 1800. Halle 1900. S. 68 ff. Das Werk hat leider weder eine Neubearbeitung noch eine Fortsetzung gefunden.

20) vgl. B. Stasiewski, Polnische Wirtschaft und Johann Georg Forster, eine wortgeschichtliche Studie. Deutsche Wiss. Zs. im Wartheland, 1941, H. 3/4, S. 207—216. Zur Anwendung des Begriffs der „polnischen Wirtschaft“ vgl. auch K. Lück, Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur. Posen 1938. Register S. 518.

21) Arnold, S. 30.

22) Arnold, S. 36.

Pohlen“ und von den „unartigen Polacken“ die Rede gewesen. Vergessen war die Begeisterung in Volkslied, Roman und Drama über den Anteil Sobieskis am Türken Sieg vor Wien, bestätigt erschienen dagegen die jahrzehntelangen Prophezeiungen vom Untergang Polens durch die in den Teilungen sichtbar waltende Nemesis, welche die schroffen Urteile der Literatur des vorausgegangenen Jahrhunderts über diesen Staat dauernd zu sanktionieren schien.

Die so gesehene „polnische Wirtschaft“, der „Verfall, die Unflätherei im moralischen und physischen Verstande, die Halbwildheit und Halbkultur des Volkes“²³ und der „Mischmasch von sarmatischer oder fast neuseeländischer Roheit und französischer Superfeinheit an diesem ganz geschmacklosen, unwissenden und dennoch in Luxus, Spielsucht, Moden und äußeres Clinquant so versunkenen Volk“²⁴ hatte Forster jedoch nicht, wie die Allgemeinheit in Westeuropa, zum Lachen gereizt: „denn man lacht nur über Menschen, deren Schuld es ist, daß sie lächerlich sind; nicht über solche, die durch Regierungsform, Auffütterung (so sollte hier die Erziehung heißen), Beispiel, Pfaffen, Despotismus der mächtigen Nachbarn und ein Heer französischer Vagabunden und italienischer Taugenichtse schon von Jugend auf verhunzt worden sind, und keine Aussicht zur künftigen Besserung vor sich haben.“ Dieselbe Einstellung eines bedauernden, mitleidsvollen Feingefühls scheint auch beim König und bei Moellendorff vorgeherrscht zu haben.

Den Beamten öffnete sich darüber hinaus ein weites Feld energischer Organisationsarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Kultur, für die sie aus der Erfahrung der letzten hundert Jahre die besten Voraussetzungen mitbrachten. Freilich stießen auch sie sich an manchen Äußerlichkeiten.

Der Minister v. Voß hätte beispielsweise die polnische Tracht der Adligen, die zu Landräten bestimmt waren, gerne durch preußische Beamtenuniformen ersetzt gesehen, obwohl er wußte, daß die Kleidung des Adels eine Ständetracht war, die als „ein charakteristisches Recht der polnischen Nation“²⁵ betrachtet wurde. Ihn verstimmte, daß sie „an alte Verhältnisse erinnerte und von der Verwandtschaft mit Altpolen eine Spur zurücklasse“. Voß war für ein direktes Verbot der polnischen Tracht und fand es unpassend, „wenn Landräthe, Magisträte in polnischer Tracht zu erscheinen sich erdreusten dürften“. In Südpolen

23) J. G. Forster an Jacobi; Wilna, 7. Dez. 1784. Briefwechsel, Teil I. Leipzig 1829. S. 466 (nach Stasiewski S. 212).

24) ebenda, S. 555 ff. Forster an Lichtenberg; Wilna, 18. Juni 1786 (nach Stasiewski S. 213).

25) Zu Folgendem: Prümers, Urk. 30, S. 176 ff. Bericht des Ministers an den König, betr. die poln. Nationaltracht und Vorschlag einer Uniform für die Landräte. Berlin, 23. Juni 1793.

schien „theils jene Nationaltracht, theils der Geist der Nation für die Landräthe eine Uniform nützlich, ja notwendig zu machen. Der gemeine Man hat von dem Wesen der Subordination ohne reelle Zeichen und Mittel derselben keine Begriffe.“

Die Aufgabe der preußischen Beamten, die Provinz „auf den preußischen Fuß zu setzen“, war durch ihre ungewohnte gesellschaftliche Stellung gegenüber dem höheren polnischen Adel sehr erschwert. Dem Prunk der Magnaten hatten die zur Sparsamkeit erzogenen Offizianten kaum etwas entgegenzusetzen. „Das contrastierende ihrer dürftigen Privat-Verhältnisse mit den ehemaligen polnischen Officianten, welche entweder die vornehmsten und reichsten im Lande waren oder durch Nebenwege ihren Hang zum Aufwande zu nähren wußten, setzte sie völlig herab. So trug man die persönliche Verachtung der meisten preußischen Officianten auf ihr Amt selbst hinüber, wodurch jede gute Organisation dieser Provinz ungemein gehindert wurde.“²⁶ Die gehobene polnische Adelsschicht bemühte sich fast durchweg um Lebensstil und Gesellschaftsformen, die französischen Salons entlehnt waren und die auch gern auf die Handhabung politischer Dinge übertragen wurden. Es lag daher nahe, daß sich eine gefühlsmäßige Bejahung oder Ablehnung der neuen preußischen Ordnung sehr stark danach richtete, in welchem Lichte die Beamten als Vertreter des preußischen Staates und seiner Räson dem polnischen Adel, besonders den Magnaten, erschienen. Nicht so sehr, welche sachlichen Maßnahmen im einzelnen höheren Orts angewiesen wurden, war für Mitgehen oder Widerstand entscheidend, als die Art und Weise, wie die „Officianten“ sie im unmittelbaren Kontakt mit der Bevölkerung verkündeten, begründeten und verwirklichten. Hier mußte nicht nur jede amtliche Handlung und Äußerung, sondern auch jede private Meinung in ihrer möglichen Auswirkung abgewogen werden. Die Rücksicht auf die nationale Psyche der neuen Untertanen forderte das. Der König mag eine Vorstellung davon gehabt haben, als er an Voß schrieb: „Da sich übrigens die Einwohner von Südpreußen zum Theil nicht ohne Mühe zur Ordnung und pünktlichen Befolgung der Vorschriften gewöhnen werden, so werdet Ihr den Cammern einzuschärfen haben, daß sie, die Fälle ausgenommen, wo Ernst und Nachdruck notwendig sind, mit Geduld, Bescheidenheit und Sanftmuth zu Werke gehen. Ich habe das Zutrauen, daß die Collegia die ihnen verliehene Autorität nicht mißbrauchen werden. Insbesondere muß aber dahin gesehen werden, daß sich die Unter-Officianten alles rüden und despotischen Verfahrens enthalten müssen. Ich überlasse es Euch, die Cammern mit Rücksicht auf den Charakter der Nation zu instruiren.“²⁷ Eine solche „Rücksicht auf den Charakter der Nation“ hieß, Nationalität

26) Prümers, Nr. 4, S. 774. Immediat-Bericht Hoyms v. 21. Dezember 1794.

27) Prümers, Nr. 23, S. 165 ff. Bodenheim, den 14. Juni 1793.

und Sprache, Konfession und Geschichtsbewußtsein, Zeitgefühl und politischen Anspruch, Tradition und Zukunftsstreben zu bedenken. So bewies beispielsweise der Minister v. Voß selbst durchaus politischen Instinkt, als er auf das Absingen des Tedeum, ja überhaupt auf kirchliche Siegesfeiern anlässlich der Einnahme von Mainz (Juli 1793) in den Kirchen Südpreußens verzichtete, „um die Stimmung neuer Unterthanen mit Nachsicht zu schonen“.²⁸ Denn er fand „in der republikanischen Stimmung eines großen Theils der dortigen Unterthanen große Bedenklichkeiten gegen die Anordnung einer solchen Feyerlichkeit, indem diese dadurch einen sonst ermangelnden Anlaß finden würden, ihre republikanische Denkkungsart entweder laut oder durch ihre Nichttheilnahme an den Tag zu legen.“

Nicht alle Beamten wurden den politischen und auch persönlichen Anforderungen in der neuen Provinz gerecht; so klagte beispielsweise Hoym über menschliche Unzulänglichkeiten im Beamtenpersonal Südpreußens.²⁹ „Unter denen Officianten aller Classen sind viel fehlerhafte“. „Ein Hauptgrund der Unzufriedenheit lag in dem unanständigen³⁰ Betragen vieler Unteroffizianten gegen den Adel und die Bürger.“ „Mit jugendlichem Leichtsinn und weniger Dienstkenntnis“, so schrieb Hoym ein andermal³¹, „haben sie oft den besten Einleitungen geschadet; ein grobes und spöttisches Betragen gegen die angesehensten Männer hat sie verhaßt gemacht . . .“. Stand auf der einen Seite bei manchem preussischen Beamten das helle Bewußtsein der Aufklärung, „einer rohen, unruhigen Nation, die in sich selbst über die unter der Ohnmacht und Einfalt erliegende Gerechtigkeit unglücklich war, die wohlthätigen Folgen eines Regierungssystems fühlen zu lassen, welches unter weisen Fürsten durch große Geistesgaben zu seltener Reife gediehen war“, so war doch andererseits „in Südpreußen der Reiz, seine Dienstpflicht entweder von der Seite der Treue oder der Arbeitsamkeit zu verläugnen, nicht weniger groß, als der Glaube an eine vorzügliche Einsicht in einer Wüste leicht und betrüglich“.³²

Nach einer Reise durch Südpreußen stellte auch Friedrich Wilhelm III. fest³³: „Noch kennen Meine neuen Untertanen ihren Wert, den sie dem preussischen Scepter verdanken, nicht, weil ein großer Theil der angestellten Unterbedienten ihren Beruf verkennen und ihr Amt, statt es zum Schutze des Unterdrückten auszuüben, zu Gewalttätigkeiten miß-

28) Zu Folgendem: Prümers, Nr. 25, S. 674.

29) Lehmann, Nr. 142, bes. S. 154. Imm.-Ber. v. 24. Sept. 1794.

30) nach heutigem Sprachgebrauch: grob, unpassend, taktlos.

31) Prümers, Nr. 4 (s. Anm. 26).

32) Große Denkschrift v. Voß' (s. Anm. 15).

33) An die Minister Voß und Schroetter, 10. Juli 1798. R. Stadelmann, Preußens Könige in ihrer Tätigkeit für die Landeskultur. Teil IV. Leipzig 1887. (Publ. aus d. preuß. Staatsarchiven, Bd 30.) Urk. 22.

brauchen. Es ist unter ihnen fast zum Sprichwort geworden, daß der vor-mahlige Pohle nur mit der Peitsche gehandhabt werden könne, ungeachtet ich Mich überzeuge habe, daß die Süd- und Neu-Ost-Preußen ein gutmüthiges und biegsames Volk ausmachen, das eine solche Behandlung nicht verdienet. Alle diese vielfache Beschwerden reichen Mir umso mehr zum höchsten Mißfallen, als nur durch ein entgegengesetztes pflichtmäßiges Betragen der Officianten der uncultivirte Theil der Nation civilisirt, für das Gute in der Preußischen Verfassung empfänglich gemacht und dem Staate mit Liebe, Anhänglichkeit und Treue verwandt werden kann, dessen Oberhaupt alle seine Schritte nur auf die Wohlfahrt des Ganzen berechnet und diese durch die Glückseligkeit aller und jeder Unterthanen zu erreichen bemüht ist.“

Wenn solche Urteile der Minister und des Königs über manche unteren Beamten auch für sich sprechen, so kann doch die persönliche Unzulänglichkeit einzelner nicht als Maßstab für die südpreußische Beamten-schaft schlechthin gelten. Die südpreußische Verwaltung war zwar „ein viel kritisiertes Sorgenkind der altpreußischen Bürokratie“³⁴, ihre Aufbauleistungen in den verschiedenen Zweigen der Landeskultur fordern aber, sie mit Respekt zu betrachten. Es lag nicht nur an den Beamten, daß die Bemühungen um Aufbau und Ordnung keinen Anklang bei den Polen fanden. Das wird in einer Denkschrift eines polnischen Adligen für Moellendorff³⁵ deutlich, wo tiefe, auch gefühlsmäßige Gegensätze zwischen polnischem Wesen und preußischer Staatsräson sichtbar werden. Der Kern der Kritik an den preußischen Maßnahmen lag darin, daß man „in allen in das Land ergangenen Verordnungen von nichts als Pflichten, Schuldigkeiten, Gehorsam und Abgaben geredet“.³⁶ Diese Kritik war weniger die Frage eines verletzten Rechtsempfindens als die Scheu vor der mit dem Pathos der Aufklärung erfüllten Bürokratie, deren Ton als moralische Belehrungen und hochmütiges Besserwissen aufgefaßt wurde. Schon die Eile und aufdringlich erscheinende Stetigkeit der Anordnungen erregten Mißbehagen. Die Untertanen kamen unter dem Druck fortlaufend verkündeter Verwaltungsmaßnahmen kaum zur Besinnung, „zumahl solche Befehle sehr oft ertheilet werden, welche bey Ankündigung von großen Strafen in Zeit von 24 Stunden sollen befolget werden. Es sind unter denen viele Verordnungen, zu deren Durchlesung nicht Tage und Wochen, sondern Monathe erfordert werden . . . und den größten Teil der Einwohner mißmutig machen.“

Auch der für einfachere Naturen schwierige Instanzenweg war dem

34) Ritter, S. 211.

35) Prümers, Nr. 1, S. 768 (vgl. Anm. 16).

36) Randbemerkung Moellendorffs: „Ist wirklich ohne Überlegung und zeigt die geringe Kenntnis an, so der Einrichter gehabt hat, und muß absolut abgeändert werden.“

Durchschnittspolen ein Greuel. Anscheinend hatten nicht alle Beamten des anciens régime Verantwortungsfreudigkeit genug, um selbst zu entscheiden, sondern manch einer verschanzte sich hinter einer vorgesetzten Dienststelle. „Langsame und späte Bescheidungen werden dem Adel der Provinz immer unerträglich sein“, schrieb der Etatminister v. Buchholtz am 13. Mai 1795³⁷; denn: „als der Nationalcharakter der Polen gemischt wurde, war Ungeduld eine der Hauptingredientien. Ihnen ist oft eine schleunige abschlägige Antwort lieber als die in die Länge gezogene Gewährung ihrer Bitten.“

Eine Maßnahme, die viel Ärger bereitete, war die sogenannte Musikabgabe, die Steuererhebung für die Tanzmusik bei Geselligkeiten. „Schon der Name dieser Abgabe ist dieser Nation gehässig“, schrieb Hoym.³⁸ „Die Neigung des polnischen Bauern-Standes zum Tanz, wobei gegen freie Zeche umsonst aufgespielt wird, erregte Beschwerden über diese Abgabe“, berichtet Voß in seiner großen Denkschrift zur Rechtfertigung seiner Verwaltungsmaßnahmen.³⁹ Die Musikabgabe hatte bei Voß aber eine für die Aufklärung typische Begründung gefunden. Sie sollte im Sinne der Förderung der öffentlichen Moral erzieherisch wirken. „Völlerey ist eines der allgemeinsten sittlichen Übel des gemeinen Pohlen, der Tanz fordert dazu auf“, schrieb Voß. Daß der adelige polnische Brennereibesitzer den Trunk als Einnahmequelle betrachtete und daher eher förderte als einschränkte, war von dem preussischen Beamten richtig beobachtet. Aber wenn schon getrunken wurde, so sollte nach dem obersten Gesetz des Beamtenfiskalismus wenigstens der Staat der Nutznießer sein. Die Forderungen der Moral fielen bei der Begründung dieser Steuer als eines „Hülfsmittels gegen ein Sittenverderbnis, welches alle Kraft zur Thätigkeit und zum Fleiß erstickt“⁴⁰, außerdem noch ins Gewicht. Eine solche Auffassung von Tanz und Geselligkeit erschien den polnischen Bauern und dem vergnügungsfreudigen Adel fremd und steif. Erst nach dem zur Besinnung zwingenden Aufstand von Kościuszko (1794) wurde die Musikabgabe „in Hinsicht des dortigen Nationalcharakters“ aufgehoben.⁴¹

Ein Gebiet, auf dem es zu Spannungen zwischen den aufgeklärten Beamten und dem Volk beinahe zwangsläufig kommen mußte, war das religiöse. „Die von manchen (Offizianten) öffentlich geäußerte Irreligion“ machte „einen sehr üblen Eindruck“.⁴² Während die Masse des polnischen Volkes noch kaum mit dem Gedankengut der Aufklärung auch nur in Berührung gekommen war und unter dem beherrschenden Einfluß der

37) Lehmann, Urk. 233, S. 256.

38) Lehmann, Urk. 142. Immediat-Bericht v. 24. Sept. 1794.

39) Lehmann, Urk. 331; dgl. Prümers, Nr. 6, S. 778 ff.

40) ebenda.

41) Lehmann, Urk. 143, S. 158. Kgl. Patent wegen der in Südpreußen entstandenen Unruhen.

42) Lehmann, Urk. 193, S. 205. Min.-Erlaß v. 7. März 1795.

jesuitischen Gegenreformation gewissermaßen noch in der Scholastik verharrte, waren die preußischen Beamten, durch die philosophischen Lehren des 18. Jahrhunderts beeinflusst, entweder zu einer echten oder aus religiöser Interesselosigkeit geborenen Toleranz oder auch zu einer Art „Irreligion“, der Absolutsetzung der Vernunft, gekommen. Da Polen sich gerade durch die verspätet, denn erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts einsetzende staatliche Gegenreformation alle Sympathien des Westens verscherzt hatte, mochte das Bewußtsein, die öffentliche Meinung Europas hinter sich zu haben, die preußischen Beamten zu jener selbstsicheren Einstellung gegen den „blinden Religionseifer“ der Polen gebracht haben. Für sie erschien es „wenig vorteilhaft, einmal eingegangene katholische Capellen retabliren zu lassen, indem sie Gelegenheit zu Wallfahrten geben, wodurch der gemeine Mann von seiner Arbeit abgehalten und zum Müßiggang und Schwelgerey gewohnt wird.“⁴³ Die vielen katholischen Feiertage hielt man in den südpreußischen Amtsstuben ebenfalls für überflüssig, denn durch sie „vernachlässigt der Hausvater und Ackerwirth nicht nur seine Wirtschaft, sondern versäuft auch das Erworbene, dazu ihm die Tanzmusik, die nach geendigter Gottesverehrung in der Schenke den Anfang nimmt, fortwährend Gelegenheit gibt. In Rücksicht dessen wäre es eine Wohltat für diese Nation, und sie kann nicht stärker zur Arbeitsamkeit, Betriebsamkeit angefeuert, aus ihrer dürftigen Lage herausgerissen werden, als durch Einschränkung der Feier- und Ablaßstage auf die Sonntage, weil dadurch dem gemeinen Haufen die Gelegenheit zum Saufen und anderen Ausschweifungen benommen wird.“⁴⁴ Bei diesem schroffen Gegensatz zwischen Beamtenanschauungen und geistlichem Amt waren Reibungen unvermeidlich. Hinzu kam, daß Alt-Preußen ein protestantisch regierter Staat war und die katholischen Polen sich in ihrer Konfession bedroht fühlten. Der genannte Erlaß gegen die „öffentlich geäußerte Irreligion“ befahl daher: „Vorzüglich habt ihr aber solche unbesonnenen und bössartigen Menschen, welche ihre Irreligion öffentlich manifestieren, die Eingeborenen dadurch zur Abneigung und zu dem Irrtum verleiten, als wären dies die allgemeinen Grundsätze der gegenwärtigen Regierung, nachdrücklich zurechtzuweisen. Es kann ein jeder seine Irrtümer für sich behalten, aber niemand hat die Befugnis, andere damit zu ärgern und zu einer so schädlichen Trennung der Gemüther der katholischen Untertanen von einer protestantischen Regierung vorsätzlich Veranlassung zu geben.“ Eine natürliche Spannung blieb jedoch bestehen, obwohl durchaus erwartet werden konnte, daß Preußen, das „lange dem prote-

43) H. Granier, Preußen und die katholische Kirche. Bd 8. Leipzig 1902. (Publ. aus d. Preuß. Staatsarchiven, Bd 76.) Urk. 10, S. 9, Rescript des Geistlichen und des Ostpr. Dep. an das Ostpr. Etats Ministerium, 21. Jan. 1797.

44) Granier, Nr. 100, S. 129. Bericht des Officials Libor an die Kalischer Kammer, 3. Mai 1799.

stantischen Deutschland ein Vorbild gewesen war, dies jetzt auch für das katholische werden würde und in der Verwaltung der neu erworbenen Provinzen zeigen werde, wie man zugleich die uneingeschränkteste Gewissensfreiheit gestatten und die landesherrlichen Rechte mit unerschütterlicher Festigkeit gegen fremde Eingriffe behaupten könne.“⁴⁵

Es fiel den Beamten schwer, sich das politische Denken des polnischen Adels, der bis zum Zusammenbruch Träger des Staates gewesen war und sich an die Verurteilung zu politischer Bedeutungslosigkeit nur schwer gewöhnen konnte, verständlich zu machen. Um den Adel aber mußten notwendig zunächst alle Probleme der preußischen Polenpolitik kreisen, da er die polnische Nation schlechthin darstellte, wenn auch sehr genau zwischen dem zahlreichen armen, politisch kaum in Erscheinung getretenen Kleinadel und dem Magnatentum unterschieden werden mußte.

Der polnische Adel unterschied sich von dem der alten preußischen Provinzen dadurch, daß ihm die Möglichkeit verschlossen gewesen war, seine Söhne in einem weitverzweigten Beamtentum oder in der Armee unterzubringen. Die polnische Adelsrepublik war kein zentralisierter Staat mit einem absoluten Monarchen, dem Berufsbeamtentum und stehendes Heer als Instrumente der absoluten Gewalt zur Verfügung gestanden hätten; der Adel hatte ihre Bildung zu verhindern gewußt, sich damit aber selbst eines breiten Betätigungsfeldes beraubt. Fleißigen, pflichtbewußten preußischen Beamten erschien der polnische, zumeist besitzlose Kleinadel als träger, auf den Höfen der Magnaten herumlungender, zu allen kleinen Diensten bereiter „Troß von Menschen, den der reiche polnische Edelmann mit sich führte“, der nun aber „fixirt und zum Fleiß genötigt“ werden müsse.⁴⁶ Das gelang jedoch nicht, weil der Adel aus den bisherigen Gewohnheiten nicht herausgerissen werden konnte; darüber hinaus war seine Einstellung zu der Möglichkeit, in preußische Dienste zu treten, eine völlig andere, als sie bei dem westpreußischen Adel gewesen war. Der südpreußische Adel machte von ihr keinen Gebrauch. Hoym klagte kurz nach dem Kościuszko-Aufstand, an dem sich ein Teil des polnischen Adels in Südpreußen beteiligt hatte: „Der republikanische Sinn bei dem größten Teil des Adels will sich gar nicht in die monarchische Form passen lassen.“⁴⁷ „In diesen republikanischen Köpfen“, schrieb Hoym ein andermal, „liegt die polnische Idee, zum Besten der Republik sich selbst gegen den König konföderieren zu können.“⁴⁸ Eine so aufgefaßte ständische Freiheit mußte

45) Granier, Nr. 474, S. 646. Kammerherr Frh. v. Humboldt (damals Preuß. Gesandter am Hl. Stuhl) an den Staatsmin. v. Alvensleben, 29. Aug. 1802.

46) Lehmann, Nr. 404, S. 512 ff. Promemoria Hoyms (ohne Datum, 1797).

47) Lehmann, Nr. 196, S. 208 f. Immediat-Bericht v. 13. März 1795.

48) Lehmann, Nr. 197, S. 212 ff. Immediat-Bericht über die Untersuchung gegen den südpreußischen insurgierten Adel v. 13. März 1795.

den preußischen Beamten, die erfüllt waren vom Ethos des Gehorchens, wie wilde Zuchtlosigkeit erschienen sein. Der Fortfall dieses politischen Stiles der Polen trug der preußischen Verwaltung sogar die Abneigung der polnischen Adelsfrauen ein.⁴⁹

Die „pohlnische Idee“ hinderte auch „alle Empfänglichkeit für den Wert einer weisen und wohlgeordneten Regierungsverfassung, deren baldige Erlangung höchste Befehle Sr. Kgl. Maj. vorschrieben.“⁵⁰ Gerade diese „Erlangung“ sollte eine der „wichtigsten, zugleich aber der schwierigsten Staatsfragen“ bleiben, zumal „die altpolnische Verfassung nicht beibehalten zu werden verdiente, über dem aber auch, wenn dieses geschehen wäre, den Polen nie umgebildet haben würde.“⁵¹

Mit dem Begriff der „Umbildung“ ist ein Grundanliegen der preußischen Staatsräson in den ehemals polnischen Landesteilen berührt. Sie war verbunden mit dem schon an ein Sendungsbewußtsein grenzenden Bestreben, einer „rohen und unkultivierten Nation“ die Vorteile und Fortschritte der Aufklärung zu bringen, die in Verfassung und Verwaltung und in sichtbaren merkantilen Erfolgen zum Ausdruck kommen sollten.

Die preußischen Beamten als Diener des aufgeklärten Absolutismus bezweifelten die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der überlieferten Scheidung des Volkes in Geburtsstände, einen privilegierten Adel und unfreie Bauern, als „das Endstadium der ständisch gegliederten Gesellschaftsordnung, wie sie noch aus dem Mittelalter überkommen war“⁵² und sich gerade in Polen so sehr verhärtet hatte; da es aber unmöglich war, die ganze, gerade in den neuen Ostprovinzen bestehende Gesellschaftsordnung aufzuheben, strebten sie zumindest eine Gleichförmigkeit und Zusammenfassung an, die „Einheit der Gesetze, Sitten, Gebräuche, der Vorteile und Lasten und, ist es dahin zu bringen, auch der Sprache“, weil diese Einheit „bei großen Völkerschaften das stärkste National-Band machte“.⁵³ Dieses „National-Band“ sollte die durch den preußischen Staat geformte Nation über die Vielfalt von „Gesetzen, Sitten, Gebräuchen und die Sprache“ hinweg umfassen.

49) Lehmann, Nr. 396, S. 507. Immediat-Bericht Hoym v. 15. Dez. 1796. „Dieses hat die Folge, daß die adelichen Frauen, wenn die Männer nicht mehr an die Örter, wo Reichs- und Landtage abgehalten wurden, gehen, nicht den großen Aufwand machen können. Sie werden ihre Intrigen, welche den Mann ungeheures Geld kosteten, fortzusetzen keine Gelegenheit haben. Es hat freilich dieses die üble Folge, daß die adelichen Frauen beständig der neuen Regierung, durch welche sie den Einfluß und den größten Teil ihrer Vergnügungen verloren haben, nie werden zugetan sein.“

50) Denkschrift v. Voß' (vgl. Anm. 15).

51) Denkschrift v. Voß'.

52) Vgl. F. Hartung, Der aufgeklärte Absolutismus. Hist. Zs. Bd 180 (1955), H. 1, S. 15—42.

53) Denkschrift v. Voß'.

Die preußische Verwaltung sah zweierlei Mittel, die polnische Bevölkerung zu gewinnen und „umzubilden“. „Auf der Stufe der Cultur, wo die polnische stand“, schrieb Voß⁵⁴, „kann eine Nation nie mit gewissem Erfolg als durch das gewonnen werden, was ihr sinnlich und anschaulich ist. Für die Gemüthsart der Pohlen hat aber von Allem, was sinnlich auf sie wirkt, nichts mehr Reiz, als was ihnen Geld und Vermögensvortheile verschafft. Keine Monarchie der Welt konnte von dieser Seite den Südpreußen so viel gewähren als die preußische. Dieses glückliche Verhältnis, verbunden mit jener charakteristischen Geneigtheit, Industrie und Cultur, soweit solche mit dem Zepter berührt werden kann, zu beleben, konnte dem preußischen hohen Hause die Anhänglichkeit der Südpreußen nicht verfehlen lassen.“⁵⁵

Sprachen hier der Optimismus der Merkantilisten, jenes „Streben nach Steigerung der staatlichen Macht durch Ausbau des Verwaltungsapparates, durch Ausgestaltung des Heeres, durch Vermehrung der Einkünfte und eine darauf abzielende Pflege des Wirtschaftslebens“⁵⁶, die Energie und das Verlangen, verwüstete Provinzen zu „retablieren“, so kam andererseits auch der Bildungsoptimismus zu Wort. Der Staat hoffte, durch „sittliche Ausbildung unbezweifelt auf den Charakter der Nation zu wirken“; da sich aber „hiervon der Erfolg erst bei künftigen Generationen erwarten ließ“⁵⁷, erhielten „Industrie und Cultur“ den Vorrang. Trotzdem wurde „das Schul- und Bildungswesen als Gegenstand der Landespolizei und wichtigste Angelegenheit im Staate“ nicht außer acht gelassen, denn „wenn dieses zweckmäßig eingerichtet war, so konnten dadurch gute und nützliche Staatsbürger gebildet werden, welche nach Grundsätzen handelten.“⁵⁸

Über die „sittlich-politische Verbesserung der Nation“ hinaus forderte Goldbeck, der Organisationskommissar für die in der dritten Teilung Polens erworbenen Gebiete, „zwischen beiderlei Nationen eine Mischung hervorzubringen und die südpreußischen Einwohner aus dem isolirten Zustande, in welchem sie sich bisher befunden und der das größte Hindernis in dem Fortschritt ihrer Cultur war, herauszusetzen“.⁵⁹ Goldbeck sprach ausdrücklich von den „Vorteilen, welche die Communication und gleichsam die Amalgamirung beider Nationen miteinander hervorbringen

54) Denkschrift v. Voß'.

55) „Cultur“ kann hier in den seltensten Fällen dem heutigen Sprachgebrauch entsprechend verstanden werden. Zumeist ist „Agricultur“, Landwirtschaft, gemeint.

56) vgl. Hartung.

57) Denkschrift v. Voß'.

58) Denkschrift v. Voß'.

59) Lehmann, Nr. 387, S. 480 ff. Großkanzler Goldbeck über Schul- und Universitätssachen, am 24. Nov. 1796.

können und sollen“. Auch Voß sprach im Zusammenhang mit Universitätsplänen, die niemals zur Ausführung kamen, von der „Beförderung von Aufklärung und Gelehrsamkeit“, hoffte aber gleichzeitig, daß es gelingen möchte, „die Erziehung der künftigen Generationen zu leiten und so auf die kräftigste Weise den Charakter der Südpreußen für die preußische Staatsverfassung zu formen und zu nationalisieren“.⁶⁰ „Nationalisierung“ aber war hier nicht eine Frage des Volkstums, sondern wiederum nur eine Forderung der staatlichen Einheit und der Sicherung der preußischen Staatsautorität. Bei dem vorhandenen subjektiven Willen der Polen zur politischen Absonderung lag hier aber ein Konfliktstoff vor, für dessen Erkennen der südpreußischen Verwaltung, wie dem ancien régime überhaupt, geradezu das Organ fehlte.

Bei der Wichtigkeit der „Nationalisierung“ und „Amalgamierung“, die als erzieherische Aufgaben und Probleme der „Umbildung“ verstanden wurden, war es von größter Bedeutung, wie das Schulwesen selbst beschaffen war, herrschte doch die Hoffnung vor, geistige Entwicklungen breiter Bevölkerungsschichten allein durch den staatlichen Willen und Organisationssinn und die Bereitstellung technischer Mittel und Einrichtungen vollziehen oder nachholen zu können. Nichts erschien hier „nöthiger, um eine rohe Nation, die ohne ihre Schuld mitten in dem gesitteten Europa fast bloßer Naturmensch blieb, aber sehr viele natürliche Anlagen hat, umzubilden, als die Einrichtung eines zweckmäßigen Schulwesens. Ein solches Schulwesen mußte aber Sache des Staates werden, mußte zu einer National-Ausbildung abzwecken und konnte nicht seinem eigenen Gang und dem Volk überlassen werden.“⁶¹ Auch durch eine solche Zielsetzung konnten sich die Polen in ihrer Volkseigenart bedroht fühlen. Hier liegen jedenfalls die Ansätze für die Auseinandersetzungen um die Schule als einer hervorragend politischen Einrichtung, und es ist festzuhalten, daß der Begriff der „Amalgamierung“ zum ersten Male gerade im Zusammenhang mit dem Schulwesen verwendet wird.

Überhaupt war die „Cultur der deutschen Sprache“, um die sich bekanntlich selbst Goethe im Hinblick auf Südpreußen Gedanken gemacht hat⁶², ein wichtiges Anliegen der preußischen Beamten, immer unter dem Gesichtspunkt der Staatsräson, daß „bei der Unkunde der deutschen Sprache die Gemeinschaft zwischen den polnischen und deutschen Einwohnern ganz abgeschnitten sei“; diese „Gemeinschaft“ sollte bewirken,

60) Lehmann, Nr. 600, S. 756.

61) Lehmann, Nr. 410, S. 522 f. Hoym an die zur Organisation der Finanz-Administration in Südpreußen verordnete Commission, 24. Jan. 1797.

62) „Vorschlag zur Einführung der deutschen Sprache in Polen, um eine höhere Cultur der niederen Classen zu bewirken“, gedruckt in: Jb. der Goethe-Gesellschaft XIII, 1892, S. 3—9. Die Schrift muß nach Goethes schlesischer Reise (1790) und auch nach der 2. Teilung (1793) verfaßt worden sein.

daß „die polnischen Einsassen nicht nur immer mehr an die jetzige Landesverfassung gewöhnt, sondern auch das bei ihnen häufiger als bei den deutschen Einsassen sich findende Laster der Trunkenheit, der Mangel an Industrie sowie der Hang zum Müßiggang und zum Vagabundieren nach und nach seltener werde“.⁶³ So hatte auch die deutsche Sprache ihren Platz in dem umfassenden System des absolutistischen Staates, sich eine neue Provinz und ihre Menschen durch Umerziehung und „Umbildung“ zuzuordnen.

Das Gesamtbild von Geist und Form, Ziel und Methoden der Polenpolitik der südpreußischen Beamten hatte durch die Aufklärung des ausgehenden 18. Jahrhunderts ihren markantesten Zug erhalten. Allein von ihrer höchsten Steigerung her ist eine gewisse vernünftlerische Unterschätzung des Gewordenen und Gewachsenen, jener an Hochmut grenzende naive Glaube an Fortschritt und Zivilisation zu verstehen, der durch eine Reglementierung aller Lebensäußerungen der Untertanen wahrgemacht werden sollte. Das Zeitgefühl, von dem sie selber getragen wurden, mischte sich in alle ihre Beobachtungen und Pläne und gab ihnen eine bestimmte, jedoch sehr enge Richtung. Da sie mehr von Maß und Zahl hielten, als von den irrationalen Seiten im Leben von Völkern und Nationen, rechneten sie damit, die neue Provinz durch gewissenhafte Verwaltung einzurichten und aus den polnischen Bewohnern glückliche Individuen und gute Preußen zu machen.

Seitdem die Französische Revolution auch bei den Polen Wirkungen zeigte, war dieser rationale Optimismus nicht mehr ganz berechtigt; auch die Polen verlangten für sich das Recht der nationalen Selbstbestimmung, nachdem schon unter dem Eindruck der ersten Teilung eine nationale Besinnung spürbar geworden war. Gerade das Aufeinanderstoßen von preußischer Aufklärung und polnischer Tradition des Adligenstandes förderte bei den Polen das Entstehen eines Nationalbewußtseins der Abwehr.⁶⁴ Die polnischen Reformbestrebungen, die in die Konstitution vom 3. Mai 1791 gemündet waren und den Aufstand von 1794 beflügelten hatten, waren weitere deutliche Zeichen dafür. Gegen dieses erwachte Nationalgefühl war der obrigkeitliche Absolutismus Preußens weitgehend wirkungslos; wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Gesichtspunkte allein genügten für ein Erkennen der sich vollziehenden nationalen Revolutionierung nicht. Im Gegenteil: die aus der Sicht der Aufklärung

63) Lehmann, Nr. 125, S. 118 ff. Bericht der westpreußischen Regierung v. 16. Juni 1794.

64) Über ähnliche Vorgänge beim Zusammenstoß von französischem aufgeklärten Beamtentum und konservativer ständischer Verfassung in Nordwestdeutschland zur selben Zeit berichtet W. v. Groote, Die Entstehung des Nationalbewußtseins in Nordwestdeutschland 1790—1830. (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 22) 1955.

gefällten Urteile (sehr oft Vorurteile) über Land und Leute verhinderten das. So erklärt sich der Abfall der polnischen Gebiete Preußens nach den Niederlagen von 1806/07; sie sollten aber den Weg freimachen für eine neue Polenpolitik, die aus den Ideen der Reformzeit Antrieb und Rechtfertigung erhielt und in welcher auch etwas von dem „historischen Sinn“ Herders zu spüren war. Dann sollte — wie bei dem Freiherrn vom Stein — die Erkenntnis kommen, daß „die polnische Nation zufriedengestellt und dem preußischen Staat anhängen würde, wenn man ihr eine Verfassung gäbe, bei der ihr Nationalstolz beruhigt und ihr der Besitz ihrer Individualität gesichert wird. Diese nicht zu zerstören, sondern auszubilden, wird jeder für einen Gewinn halten, der nicht mechanische Ordnung, sondern freie Entwicklung und Veredlung der eigentümlichen Natur jeden Völkerstammes für den Zweck der bürgerlichen Gesellschaft hält.“⁶⁵

65) Nassauische Denkschrift des Freiherrn v. Stein, gedruckt bei: E. Botzenhart, Freiherr vom Stein. Briefwechsel, Denkschriften und Aufzeichnungen. Berlin 1931—1937. Bd II, S. 211—231.

Forschungsberichte

Deutsche Volkslieder aus Mittelpolen

Obwohl der Großteil der deutschen Siedlungen in Mittelpolen bis ins 18. Jh., die ältesten sogar bis zum Anfang des 17. Jhs. zurückreichen, blieb ihr Dasein weitesten Kreisen des deutschen Volkes unbekannt. Erst die unmittelbare Berührung mit deutschen Truppen und Besatzungsbehörden im Weltkrieg 1914/18 machte auf diese Siedlungen aufmerksam und regte ihre wissenschaftliche Erforschung an. In dieser Zeit erschienen die ersten volkswissenschaftlichen Zeugnisse; meist waren es Pastoren oder Lehrer, die in der Provinzpresse Lieder, Sagen und Märchen veröffentlichten. Erst nach den Kriegswirren aber setzte eine planmäßige Erforschung dieses Raumes ein. Deutsche Lehrer aus Mittelpolen machten den Anfang, eine Gruppe junger Wissenschaftler aus Ost-Oberschlesien gab neue Antriebe und etliche Studienfreunde aus Österreich halfen eifrig mit. Die Arbeit war indes kaum über die ersten Anfänge hinaus, als sie durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ein jähes und durch die Vertreibung und Vernichtung der Deutschen ein unwiderwärtliches Ende fand.

Diese Entwicklung der Forschung gilt im besonderen auch für das Volkslied. Erst Robert Klatt, Lehrer am deutschen Privatgymnasium in Sompolno, leitete um 1922 eine intensive Aufsammlung des Liedgutes in die Wege. Als ich im Jahre 1928 mit ihm in Verbindung trat, hatte er bereits über 2000 Auf-